



Gleiche Löhne für gleiche Arbeit am gleichen Ort

Kein Lohn- und Sozialdumping durch Freizügigkeit!

Am 1. Mai 2011 wird der deutsche Arbeitsmarkt für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der mittel- und osteuropäischen Staaten geöffnet. Mit dem Auslaufen der Übergangsfristen für Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, der Tschechischen Republik und Ungarn können die Bürgerinnen und Bürger dieser Staaten in jedem Land der EU leben und arbeiten – mit gleichen Rechten und Pflichten. Das ist eine wichtige Freiheit, die allerdings die deutsche Politik vor Herausforderungen stellt.

Die Realisierung der Arbeitnehmerfreizügigkeit für die Bürgerinnen und Bürger Osteuropas bringt viele Chancen für Deutschland und Europa mit sich. Für die EU-Bürger eröffnen sich neue Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten. Gleichzeitig kann die Arbeitnehmerfreizügigkeit helfen, dem Fachkräftemangel vorzubeugen.

Viele Menschen in Deutschland machen sich Sorgen, weil sie Konkurrenz durch Billiglöhner befürchten. Das ist auf der einen Seite nachvollziehbar, darf auf der anderen Seite aber nicht zu Ablehnung gegenüber den Menschen aus unseren

Partnerländern führen. Niemandem kann man verdenken, seine gewonnenen Freiheit auch zu nutzen.

Trotzdem brauchen wir faire Regeln. Es muss klar sein, dass die neue Freiheit nicht zur gezielten Unterbietung der Standards auf dem deutschen Arbeitsmarkt missbraucht werden darf. Für alle müssen in einem fairen Wettbewerb die gleichen Regeln gelten. Die SPD fordert deshalb, dass diese Öffnung von Maßnahmen flankiert werden muss, die allen Arbeitnehmerinnen und

ganz konkret auf den deutschen Arbeitsmarkt haben wird. Da in Zukunft auch Dienstleistungen grenzüberschreitend erbracht werden dürfen, ist zum Beispiel insbesondere mit einer Zunahme der Entsendung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – vor allem in der Leiharbeit – zu rechnen.

Um Lohn- und Sozialdumping zu verhindern, muss aus sozialdemokratischer Sicht die Maxime gelten: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort. Leiharbeit muss in das Arbeitnehmerentsdege-setz aufgenommen werden. Flächendeckend muss ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro eingeführt werden. Scheinselbstständigkeit muss verhindert werden, Schwarzarbeit muss konsequent bekämpft werden und Betriebsräte brauchen ein Mitbestimmungsrecht beim Einsatz, bei Entlohnung und bei Arbeitsbedingungen von entsandten Arbeitnehmern.



Arbeitnehmerfreizügigkeit in Europa darf nicht zu Sozial- und Lohndumping missbraucht werden - zum Schutze der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer | © European Union, 2011

Arbeitnehmern Schutz vor Lohn- und Sozialdumpings gewähren.

Experten zufolge ist nicht mit einem massiven Zuzug von Arbeitskräften zu rechnen. Jedoch kann niemand eine belastbare Voraussage treffen, welche Auswirkungen die Arbeitnehmerfreizügigkeit letztlich

Siehe auch Bundestagsdrucksache
Nr. 17/4530 - Antrag der SPD Fraktion:

„Faire Mobilität und soziale Sicherung - Voraussetzungen für die Arbeitnehmerfreizügigkeit ab 1. Mai 2011 schaffen“

2 | Die Bundespolitik

Wanderausstellung des Bundestages in Trier

Um den Dialog zwischen Abgeordneten und Bürgerinnen und Bürgern zu unterstützen, präsentiert der Deutsche Bundestag seit vielen Jahren seine Wanderausstellung. Vom 16. bis 20. Mai macht die Wanderausstellung Halt in der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) in Trier.

Es werden Informationen über Aufgaben und Arbeitsweise des Parlaments und seiner Abgeordneten vermittelt. Auf zwei Computerterminals können Filme, multimediale Anwendungen und der Internetauftritt des Deutschen Bundestages angeschaut werden. Weiterhin liegt Informationsmaterial zur kostenlosen Mitnahme bereit.

Die Ausstellung richtet sich an alle interessierten Einzelbesucher, Schulklassen und andere Gruppen. Als örtlicher Bundestagsabgeordneter wird Manfred Nink selbst häufig in der Ausstellung sein, um den Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort zu stehen. Über das Trierer Bürgerbüro (Tel.: 0651/9759940) können die Zeiten abgefragt und Termine mit dem SPD-Abgeordneten in der Ausstellung vereinbart werden.

Wanderausstellung Deutscher Bundestag

16. bis 20. Mai 2011
Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) Trier

Kurfürstliches Palais
Willy-Brandt-Platz 1
54290 Trier

Finanzierungsbedingungen des Mittelstands verbessern

Kleine und mittlere Unternehmen sind von besonderer Bedeutung für das Wirtschaftswachstum und die Schaffung neuer Arbeitsplätze in Deutschland. Außerdem sind sie die Hauptquelle für Innovationen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat eine Schieflage zwischen der elementaren Bedeutung des Mittelstandes für die deutsche Wirtschaft auf der einen Seite und seiner unbefriedigenden Finanzsituation auf der anderen Seite ausgemacht und fordert die verstärkte Förderung alternativer Finanzierungsinstrumente.

Gründe für die Schieflage sieht die SPD unter anderem in gestiegenen Eigenkapitalanforderungen an die Banken (u.a. im Zuge der strikteren Regulierung durch die Basel-III-Regeln) und eine damit einhergehende Zurückhaltung bei der Kreditvergabe. Durch rückläufige Umsätze bei konstanten oder gar steigenden Betriebskosten sind die Unternehmen zudem gezwungen, zur Finanzierung laufender Kosten ihre Eigenkapitalbasis heranzuziehen. Wenn der jetzt anlaufende Konjunkturaufschwung zu einer steigenden Investitionsbereitschaft der Unternehmen führt, muss mit einer steigenden Kreditnachfrage seitens der Unternehmen gerechnet werden. Da der Mittelstand besonders stark von der Kreditvergabebereitschaft der Banken abhängt, könnte eine solche Situation von steigender Nachfrage bei kleiner werdendem Angebot natürlich negative Folgen für kleine und mittlere Unternehmen haben.

Die Bundesregierung liefert in dieser Situation nur eine unzureichende Politik, die dem Mittelstand nicht weiterhilft – im Gegenteil.



Im Gespräch mit DSGV-Vorstand Dr. Karl-Peter Schackmann-Fallis beim Trierer Wirtschaftsgespräch im Dezember 2010 zur Thematik „Finanzkrise – Basel III – Kreditklemme“

Unter Schwarz-Gelb wurden bislang zum Beispiel die Mittel der Regionalförderung (GRW-Mittel) sowie der Städtebauförderung gekürzt und der Wirtschaftsfonds Deutschland lief zum Jahresende 2010 aus. Alle diese Entscheidungen treffen vor allem kleine und mittlere Unternehmen – hierbei insbesondere auch das Handwerk – in Städten und Gemeinden.

Aus sozialdemokratischer Sicht muss deshalb die Förderung alternativer Finanzierungsinstrumente weiter vorangebracht werden. Es muss darum gehen, Liquiditätsengpässe mittel- und langfristig zu minimieren und dem Investitionsbedarf im Wirtschaftsaufschwung gerecht zu werden.

In ihrem eigenen Antrag zur Verbesserung der Finanzierungsbedingungen des Mittelstandes nennt die SPD-Bundestagsfraktion als Finanzierungsinstrumente die verstärkte Nutzung von Private Equity, das Auflegen einer Mittelstandsanleihe und die Einrichtung eines Mikrobürgschaftsprogramms.

Siehe auch Bundestagsdrucksache Nr. 17/5529 - Antrag der SPD Fraktion:

„Finanzierungsbedingungen des Mittelstands verbessern“

Ein Stück EU in Deutschland

Praktikantin Sophie Kömen über die Außenstelle einer großen Verwaltung in Berlin

Was ist eigentlich die EU? Für die meisten Menschen ziemlich weit weg. Sowohl in den Gedanken, als auch räumlich gesehen. Könnte man denken. Doch die EU ist uns allen näher, als wir glauben, wie die Vertretung der Europäischen Kommission in Berlin beweist.

In allen Mitgliedsstaaten der EU gibt es mindestens eine Vertretung der Europäischen Kommission. Gemeinsam mit 29 anderen Praktikanten stattete ich der Vertretung in Berlin einen Besuch ab. Die Arbeit in den Vertretungen gliedert sich in drei Abteilungen:

(1) Die politische Abteilung berichtet regelmäßig nach Brüssel, was in Deutschland politisch vor sich geht. Außerdem analysiert sie dies mit Blick auf mögliche Auswirkungen für ganz Europa. Der Bundestag profitiert von der Nähe der Kommissionsvertretung in Berlin, da Mitarbeiter der politischen Abteilung häufig an öffentlichen EU-Ausschüssen teilnehmen. Auch bei Fragen, die Europa betreffen wenden sich deutsche Politiker oft an die Mitarbeiter der Kommission. Es findet ein reger Austausch statt.

(2) Die Presseabteilung vermittelt unter anderem Briefings und Interviews mit Kommissaren an Journalisten. Sie informiert die Presse über die „EU-Sicht“ von aktuellen, heiß diskutierten Themen.

(3) Die Kommunikationsabteilung vermittelt hingegen das Wissen über die EU an die „Normalbürger“. Dabei greifen die Mitarbeiter auch auf ungewöhnliche Veranstaltungsformate zurück. So soll zum Beispiel eine Fahrradtour

für Schüler und Lehrer nicht nur Informationen vermitteln, sondern auch Spaß machen.

Doch trotz aller Bemühungen der drei Abteilungen sehen viele Bürger in der EU nur eine unübersichtliche Bürokratie, deren komplexer Handlungsapparat ihnen unverständlich erscheint.

mehr Zeit für Öffentlichkeitsarbeit nehmen, um für die Institutionen zu werben, Bürgerkontakt herzustellen und Vertrauen aufzubauen.

Die vielen Vertretungen der Europäischen Kommission in den Mitgliedsstaaten, die gerne ihre Türen für Besucher öffnen, zeigen, dass die EU den Kontakt und die Nähe



Offene Türen nicht nur bei der Vertretung in Berlin sondern auch im Internet unter: www.ec.europa.eu/deutschland

Dabei profitiert vor allem die deutsche (Export-) Wirtschaft von der EU und dem gemeinsamen Binnenmarkt. Auch für den einzelnen Bürger erbringt die EU viele Leistungen wie beispielsweise Studien-Stipendien.

Eine Mitarbeiterin der Kommissionsvertretung führt diesen Gegensatz vor allem auf ein Vermittlungs- und Kommunikationsproblem zurück. Sie schlägt vor, Kommissare sollten sich bei ihren häufigen Besuchen bei den Vertretungen etwas

zu den Bürgern sucht.

Auf europäischer Ebene werden viele Entscheidungen getroffen, die jeden einzelnen Einwohner in der Europäischen Union betreffen, ihm Freiheit gewähren oder sichern und ihm in der Regel nützlich sind. Nun gilt es für die EU und ihre Mitgliedsstaaten dies zu nutzen und die Bürgerinnen und Bürger mit Information und Kommunikation für sich zu gewinnen. Bei den Praktikanten des deutschen Bundestages hat das schon mal ganz gut geklappt.

4 | Aus Partei und Fraktion

Im Gespräch mit AGS und ASJ Berlin



Manfred Nink mit Vertretern der Berliner AGS und ASJ: Auf Einladung der Berliner Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen in der SPD (AGS) und der AG der sozialdemokratischen Juristinnen und Juristen (ASJ) hat Manfred Nink am 13.04.2011 Auskünfte zur sozialdemokratischen Mittelstandspolitik gegeben. Manfred Nink übernahm die Referentenrolle in Vertretung von Peter Friedrich, dem mittelstands-politischen Sprecher der SPD-Fraktion.

Nink: „Für einen Bundestagsabgeordneten, der so wie ich aus einer Region stammt, in der es keine Großbetriebe, keine Konzerne, sondern nur kleine, mittelständische Unternehmen pur gibt, ist das Thema Mittelstand naturgemäß kein Fremdwort.“

Danke, Alfons!

Liebe Freundinnen und Freunde!

In dieser Ausgabe des Spreebriefs möchte ich diesen Platz nutzen, um den wiedergewählten Landtagsmitgliedern der Region Astrid Schmitt, Monika Fink, Bettina Brück, Ingeborg Sahler-Fesel und Malu Dreyer zu gratulieren und eine erfolgreiche neue Legislaturperiode zu wünschen.

Mein ganz besonderer Dank aber geht an Alfons Maximini, der sein Direktmandat im Wahlkreis 26 (Konz/Saarburg) leider nicht verteidigen konnte. Alfons hat in den vergangenen Jahren im Landtag viel für seinen Wahlkreis bewegt und hat die Interessen der Bürgerinnen und Bürger engagiert vertreten.

Ich erinnere mich zum Beispiel an seinen Einsatz für das Mehrgenerationenhaus Saarburg und das



Im Jahr 2006

| Foto: Iris Hess

Feuerwehrmuseum Hermeskeil, die Renovierung des Gymnasiums Hermeskeil und die Einrichtung der Ganztagschule an der Grundschule St. Nikolaus in Konz.

Deshalb bin ich froh, dass Alfons der Kommunalpolitik weiter erhalten bleibt und somit seine ganze Erfahrung weiter einbringen wird. Danke, Alfons!

Herzlichst,
Euer

Einige Termine seit dem letzten Spreebrief

7. bis 13. März

Politischer Aschermittwoch der SPD Trier, Heringssessen des SPD OV Roth, 40 Jahre SPD OV Beuren, Afa-Veranstaltung mit Sigmar Gabriel, Jubiläum 40 Jahre SPD OV Kenn

14. bis 20. März

Sitzungswoche des Deutschen Bundestages, Gespräch mit rheinland-pfälzischen Hauptstadtkorrespondenten, Sitzung der AG Netzneutralität, ÖPP-Gesprächskreis, AK Europa, Frühlingsfest der deutschsprachigen Wallonie, Veranstaltung der S&D-Fraktion in Frankfurt mit Jean-Claude Juncker und Jean-Claude Trichet, Besuche von Kurt Beck in Bleialf und in Drais

21. bis 27. März

Gespräch mit Vertretern der rheinland-pfälzischen Weinkellerei, Gespräch mit dem Vorstand der rheinland-pfälzischen Lohnsteuerhilferei

28. März bis 3. April

Besuch der Vorstandssitzungen des SPD Kreisverbandes Bitburg-Prüm, Host Nation Spangdahlem und des SPD AK in der VG Schweich

4. bis 10. April

Sitzungswoche des Deutschen Bundestages, Vorstandssitzung DPolG im DBB in Prüm, Gespräch mit Vertretern der Bayer AG, VW und der Daimler AG zur Regulierung von OTC-Derivaten, Arbeitsfrühstück der Landesgruppe mit Bahnchef Rüdiger Grube, Fraktionssitzung der SPD Kenn, Eröffnung der Öko-Messe in Trier, Klausurtagung des SPD KV Trier-Saarburg in Kell am See

Manfred Nink MdB

Büro Berlin:
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030/22773317
Fax: 030/22776317

E-Mail: manfred.nink@bundestag.de

Büro Trier:
Christophstraße 1
54290 Trier

Telefon: 0651/9759940
Fax: 0651/44748
E-Mail: manfred.nink@wk.bundestag.de

www.manfred-nink.de